Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im Mai 20261

15.5.2026 - | Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Die deutsche Wirtschaft wuchs laut Schnellschätzung des Statistischen Bundesamtes im ersten Quartal 2026 mit einem realen BIP-Zuwachs von +0,3 % gegenüber dem Vorquartal etwas stärker als erwartet. Wachstumstreiber waren privater und staatlicher Konsum sowie Exporte. Aktuelle Indikatoren deuten jedoch auf einen deutlichen Dämpfer im zweiten Quartal hin: Steigende Preise, Lieferkettenprobleme und Unsicherheit belasten die Stimmung in Unternehmen und privaten Haushalten. In den kommenden Monaten wird weiterhin mit hoher Volatilität an den Energie-, Rohstoff- und Finanzmärkten zu rechnen sein. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung hängt davon ab, wie lange der Konflikt im Nahen Osten andauert und Handelswege sowie Produktionskapazitäten beeinträchtigt bleiben. Aber auch nach einer Entspannung der Lage dürften die Folgen bei Energie- und Rohstoffpreisen sowie Lieferketten noch länger spürbar sein.

• Die Industriekonjunktur ist weiterhin schwach. Zwar konnten die Auftragseingänge ihren Aufwärtstrend, der weiterhin stark durch schwankende Großaufträge geprägt ist, im März aufrechterhalten, dabei dürften allerdings Vorzieheffekte im Zuge des Ausbruchs des Irankriegs eine Rolle gespielt haben. Die Industrieproduktion wurde derweil zum vierten Mal in Folge gedrosselt. Für das erste Quartal ergaben sich sowohl für die Auftragseingänge als auch die Industrieproduktion Rückgänge. Für das zweite Quartal deuten die jüngsten Stimmungsindikatoren nicht auf eine Belebung hin.
• Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (saisonbereinigt, ohne Kfz) sind im März nach einer Aufwärtskorrektur um 0,8 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken. Gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnet der Einzelhandel im März ein Minus von 0,7 Prozent. Bei den PKW-Neuzulassungen durch Privatpersonen zeigt sich im April im Vormonatsvergleich eine Stagnation; in der Dreimonatsbetrachtung ergibt sich hingegen ein leichter Rückgang von 0,3 Prozent. Das Stimmungsbild hat sich am aktuellen Rand noch einmal spürbar verschlechtert und deutet auf eine deutliche Eintrübung der Konsumentwicklung im zweiten Quartal 2026 hin.
• Die Inflation steigt im April auf 2,9 Prozent und fällt damit nochmals höher als im März aus. Der Preisauftrieb ist vor allem Folge der durch den Nahostkonflikt bedingten Angebotsverknappung und der daraus folgenden Energiepreisinflation auf 10,1 Prozent. Auch in den nächsten Monaten dürfte der Energiepreisanstieg die Inflation dominieren, wobei die temporäre Energiesteuersenkung auf Kraftstoffe entlastend wirkt.
• Die Schwäche auf dem Arbeitsmarkt setzt sich fort: Die Zahl der Erwerbstätigen ist im März saisonbereinigt weiter gesunken. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entwickelte sich im Februar rückläufig. Gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit im April leicht zu. Infolge der schwachen Arbeitsnachfrage sowie hoher Unsicherheit ist eine Belebung des Arbeitsmarktes auch im zweiten Quartal nicht absehbar.
• Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist nach amtlicher Statistik im Januar 2026 um 5,8 Prozent gegenüber dem Vormonat auf 1.919 Fälle gesunken; verglichen mit Januar 2025 ist sie um 4,9 Prozent gestiegen. Die aktuellen Zahlen für Februar 2026 werden am 19.05.2026 veröffentlicht. Der im Vergleich mit der amtlichen Statistik methodisch enger gefasste und zeitlich aktuellere IWH-Insolvenztrend für Personen- und Kapitalgesellschaften weist für April einen Anstieg der Insolvenzen von drei Prozent gegenüber dem Vormonat sowie einen Anstieg von zehn Prozent gegenüber April 2025 aus.

Spürbarer BIP-Zuwachs zu Jahresbeginn 2026

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stellte sich im ersten Quartal etwas günstiger dar, als anhand der vorliegenden Konjunkturindikatoren zu erwarten gewesen war. Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 30. April lag das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2026 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,3 Prozent über dem Vorquartal. Bereits zum Jahresende 2025 war das BIP um +0,2 Prozent gestiegen, allerdings etwas schwächer als zunächst gemeldet (bisher: +0,3 Prozent).

Detaillierte Ergebnisse zur Entwicklung im ersten Quartal wurden zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht veröffentlicht, allerdings trugen nach Informationen des Statistischen Bundesamtes sowohl die privaten wie auch die staatlichen Konsumausgaben erneut zum BIP-Zuwachs bei. Auch vom Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe) dürfte angesichts der dynamischen Exportentwicklung ein rechnerischer Wachstumsbeitrag zu erwarten sein. Damit stellt sich die wirtschaftliche Aktivität zu Jahresbeginn – trotz des seit Ende Februar eskalierten Nahost-Konfliktes – als vergleichsweise robust dar. Kurzfristig können hier, wie schon im vergangenen Jahr im Zuge der US-Zollankündigungen beobachtet, Vorzieheffekte mit Blick auf drohende Preisanstiege bzw. Lieferkettenengpässe bei Energie und Rohstoffen infolge des Nahost-Konfliktes eine gewisse Rolle gespielt haben. Darauf deutet der erneut kräftige Anstieg der Auftragseingänge, v.a. im Bereich der Vorleistungsgüter, im März hin. Auch wenn die Lieferketten durch den Konflikt im Nahen Osten zunehmend unter Druck geraten und einzelne Rohstoffe oder Produkte nicht oder verspätet geliefert werden, sind flächendeckende Materialengpässe in der deutschen Industrie bislang nicht festzustellen.

Zum Ende des ersten Quartals verdichten sich jedoch die Anzeichen für eine spürbare konjunkturelle Abschwächung. Die Stimmungsindikatoren in der deutschen Wirtschaft haben sich seit dem Beginn des Iran-Kriegs deutlich eingetrübt. Die Furcht vor weiter steigenden Energie- und Rohstoffpreisen sowie zunehmend spürbare Anspannung bei Lieferketten belasten nicht nur Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere in der chemischen Industrie. Auch in den stärker binnenwirtschaftlich orientierten Dienstleistungsbereichen dämpft der steigende Inflationsdruck sowie die wachsende Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Konflikts die Nachfrage und damit die Geschäftserwartungen. Insbesondere bei Unternehmen in der Logistikbranche trübten laut sich die Perspektiven ifo Geschäftsklimaindex deutlich ein. Aber auch konsumnahe Dienstleister spüren die steigende Zurückhaltung der privaten Haushalte; so fiel die Verbraucherstimmung laut HDE-Konsumbarometer im Mai ebenso wie der ifo Geschäftsklimaindex im Einzelhandel im April auf den tiefsten Stand seit über drei Jahren und auch das GfK-Konsumklima gab im Mai erneut deutlich nach. Damit dürfte der private Verbrauch als wichtige Stütze der binnenwirtschaftlichen Nachfrage in den kommenden Monaten nur sehr verhalten ausfallen.

Allein die ZEW-Konjunkturerwartungen, die die Sichtweise von Investoren und Analysten abbilden, hellten sich zuletzt leicht auf, blieben allerdings weiterhin deutlich im negativen Bereich. Dabei dürfte die Volatilität an den globalen Energie-, Rohstoff- und Finanzmärkten angesichts der aktuell unsicheren Perspektiven auf eine baldige Lösung des Konflikts vermutlich weiterhin hoch bleiben. Die krisenbedingten Energie- und Rohstoffpreissteigerungen in Verbindung mit Unsicherheiten und möglichen Versorgungsengpässen dürften sich vor allem im zweiten Quartal bemerkbar machen und die konjunkturelle Dynamik dämpfen. Entscheidend für die erwartete Belebung in der zweiten Jahreshälfte ist, wie lange sich der Konflikt hinzieht bzw. die Handelswege behindert und Produktionskapazitäten beeinträchtigt bleiben. Auch bei einer baldigen Lösung dürfte es angesichts der Zerstörung der Produktionsanlagen im Nahen Osten und des Rückstaus durch Lieferengpässe noch einige Zeit dauern, bis sich die Handels- und Produktionskapazitäten wieder weitgehend normalisieren.

Weltwirtschaftliche Perspektiven trüben sich angesichts des Konflikts im Nahen Osten ein

Die weltweite Industrieproduktion hat im Februar mit +0,6 Prozent gegenüber dem Vormonat weiter expandiert. Dabei nahm der Ausstoß sowohl in den Industrie- als auch in den Schwellenländern zu. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lag er um 3,5 Prozent im Plus. Die Frühindikatoren für die Weltkonjunktur haben sich seit Beginn des Kriegs im Iran eingetrübt, weisen aktuell aber nach wie vor auf eine immer noch stabile, wenn auch schwächer als zuvor angenommene Entwicklung hin: Der Einkaufsmanagerindex von S&P Global für die Weltwirtschaft ist im April in Erwartung einer sich abzeichnenden Lösung des Konflikts im Nahen Osten nach dem vorangegangenen deutlichen Rückgang wieder leicht von 51,0 auf 51,8 Punkte gestiegen. Sowohl bei den Dienstleistern (+0,4 auf 51,2 Punkte) aber v.a. auch in der Industrie (+1,3 auf 52,6 Punkte) hellte sich die Stimmung auf. Insgesamt bleibt der Index allerdings unter den Werten, die vor Beginn des Kriegs im Iran zu verzeichnen waren und deutet damit auf ein geringeres globales Expansionstempo hin. Obwohl der Konflikt im Iran noch schwelt, blicken Akteure an den internationalen Finanzmärkten erstaunlich zuversichtlich auf die Weltkonjunktur: Im Mai ist der Sentix-Konjunkturindex um 6,5 auf 3,6 Punkte gestiegen, wobei sich die Markterwartungen insbesondere für Asien und die USA verbessert haben.

Der weltweite Güterhandel hat nach einem kräftigen Jahresstart zuletzt etwas an Fahrt verloren. Im Februar nahm er gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um 1,9 Prozent zu, nach 2,8 Prozent im Vormonat. Gegenüber Februar 2025 lag er deutlich um 8,0 Prozent im Plus. Schiffsbewegungs- und Containerumschlagsdaten weisen für den März jedoch auf eine weitere Verlangsamung hin. Laut RWI/ISL-Index ist der weltweite Containerumschlag zuletzt angesichts des Konflikts im Nahen Osten und steigender Kosten für Energie und Transport spürbar um 4,5 auf 142,6 Punkte gesunken. Während sich der Abwärtstrend in den nordeuropäischen Häfen fortsetzte, ging zuletzt auch der Umschlag in China zurück. Auch der Trade Monitor des Internationalen Währungsfonds deutet für den Berichtsmonat März auf eine geringere Welthandelsdynamik hin.

Nach den robusten Zuwachsraten des weltweiten BIP von um die drei Prozent in den vergangenen Jahren erwarten Analysten derzeit angesichts der Energiepreisschocks infolge des Kriegs im Nahen Osten für das laufende Jahr eine Verlangsamung der Weltkonjunktur. Die weltwirtschaftlichen Aussichten hängen dabei entscheidend von der Dauer der Beeinträchtigungen des internationalen Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus sowie der Wiederherstellung der Produktionskapazitäten von Energieprodukten im Nahen Osten ab. Auch der internationale Warenhandel dürfte sich nach der überraschend kräftigen Entwicklung 2025 im laufenden Jahr angesichts des Energiepreisschocks und des zunehmenden Protektionismus spürbar verlangsamen. Stützend auf den internationalen Warenaustausch dürfte aber nach wie vor der KI-Boom und die damit zusammenhängende Investitions- und Handelsaktivität wirken, wovon vor allem die asiatischen Volkswirtschaften profitieren.

Auslandsgeschäft im ersten Quartal deutlich im Plus

Nach den deutlichen Zuwächsen im Februar schwächte sich die Außenhandelsdynamik nach Beginn des Kriegs im Iran ab. Die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen gaben im März im Vormonatsvergleich saison- und kalenderbereinigt um 1,1 Prozent nach. Während die Warenlieferungen in die EU-Länder um knapp 3,4 Prozent zulegten, wurde in Drittländer, insbesondere in die USA und nach China, wesentlich weniger exportiert als im Februar. Im ersten Quartal lagen die Exporte von Waren und Dienstleistungen im Vergleich zum Vorquartal aber immer noch um 2,9 Prozent im Plus. Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen setzen im

März ihren Aufwärtstrend mit einem Zuwachs um 1,4 Prozent gegenüber dem Vormonat fort, wobei sowohl aus der EU als auch aus der übrigen Welt mehr Güter importiert wurden. Im Vorquartalsvergleich betrug das Einfuhrplus infolge des schwachen Jahresstarts nur 1,0 Prozent. Der monatliche Saldo im Handel mit Waren und Dienstleistungen nahm im März infolge des Anstiegs der Einfuhren bei rückläufigen Ausfuhren um 3,8 auf 6,8 Milliarden Euro ab.

Die Einfuhrpreise sind im März infolge der Blockade der Straße von Hormus und den damit verbundenen Energie- und Rohstoffpreissteigerungen saisonbereinigt mit 3,6 Prozent gegenüber dem Vormonat kräftig gestiegen. Auch die Ausfuhrpreise legten mit 1,1 Prozent spürbar zu, allerdings weniger stark als die Einfuhrpreise. Entsprechend verringerten sich die Terms of Trade um 2,4 Prozent gegenüber dem Vormonat. In realer Rechnung dürften die Exporte also deutlich stärker gefallen sein und auch die Einfuhren dürften sich preisbereinigt wesentlich schwächer entwickelt haben.

Die Frühindikatoren bleiben vor dem Hintergrund anhaltend hoher geo- und handelspolitischer Spannungen volatil: Die ifo Exporterwartungen haben sich im April nach dem deutlichen Rückgang nach Ausbruch des Kriegs im Iran mit einem Anstieg von -0,7 auf 0,1 Saldenpunkte etwas stabilisiert. Während die Automobilindustrie weiterhin eher optimistisch auf ihr Auslandsgeschäft blickt, rechnen viele energieintensive Branchen mit rückläufigen Exporten. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind im März mit +5,6 Prozent gegenüber dem Vormonat erneut spürbar gestiegen. Insbesondere aus dem Euroraum gingen mit +10,1 Prozent mehr Bestellungen ein, aber auch aus den übrigen Ländern nahm die Nachfrage um 2,7 Prozent zu. Mit Blick auf die Produktgruppen verzeichneten v.a. die Konsumgüterhersteller kräftig steigende Neuaufträge (+19,9 Prozent). Trotz der zuletzt anziehenden Bestellungen, die durch Vorzieheffekte angesichts des Kriegs im Iran gestützt worden sein dürften, lagen die Auslandsorder im Quartalsvergleich insgesamt nur mit +0,3 Prozent im Plus.

Im ersten Quartal konnte der Außenhandel nach den zollbedingten Bremseffekten im Jahr 2025 etwas an Fahrt gewinnen. Infolge der geo- und handelspolitischen Krisen, Unsicherheiten und drohenden Lieferkettenstörungen sieht sich die Exportwirtschaft erneut von Kostensteigerungen und einer gedämpften Auslandsnachfrage belastet. Entsprechend ist für das laufende Quartal mit einem Dämpfer in der Exportentwicklung zu rechnen.

Industrieproduktion zum vierten Mal in Folge gedrosselt – Auftragseingänge von Vorzieheffekten geprägt

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe wurde im März abermals leicht gedrosselt. Preis-, kalender- und saisonbereinigt nahm sie gegenüber dem Vormonat um 0,7 Prozent ab, nachdem sie bereits im Februar um 0,5 Prozent reduziert wurde. Im Vergleich zum Vorjahr büßte sie arbeitstäglich bereinigt 2,8 Prozent ein. Im ersten Quartal 2026 verringerte sich die Ausbringung gegenüber dem Schlussquartal 2025 um 1,2 Prozent, im Verhältnis zum Vorjahresquartal lag sie kalenderbereinigt um 1,3 Prozent niedriger.

Die Industrieproduktion wurde im Vormonatsvergleich mit -0,9 Prozent zum vierten Mal in Folge zurückgefahren. Im Baugewerbe ergab sich nach zwei witterungsbedingten Rückgängen hingegen ein deutliches Plus von 1,9 Prozent. Im Gegensatz dazu erfuhr der Energiesektor nach einem starken Jahresauftakt einen deutlichen Rücksetzer um 4,0 Prozent.

Bei den industriellen Gütergruppen sind unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Während sich die Ausbringung von Konsum- (-1,9 Prozent) und Investitionsgütern (-1,6 Prozent) verringerte, konnte die Vorleistungsgüterproduktion leicht gesteigert werden (+0,8 Prozent). Von der Erholung

im Baugewerbe war der witterungsabhängigere Tiefbau (+8,0 Prozent) stärker betroffen als der Hochbau (+4,0 Prozent). Das Ausbaugewerbe stagnierte (+0,0 Prozent).

Die Wirtschaftszweige innerhalb der Industrie geben ein uneinheitliches Bild ab: Produktionssteigerungen wiesen Bereiche wie Kfz- und Kfz-Teile (+1,9 Prozent), chemische Erzeugnisse (+2,1 Prozent), elektrische Ausrüstungen (+2,3 Prozent) und DV-Geräte, elektrische und optische Erzeugnisse (+5,0 Prozent) aus. Demgegenüber wurde die Produktion z. B. im Maschinenbau (-2,7 Prozent), bei der Herstellung von Metallerzeugnissen (-2,4 Prozent) und pharmazeutischer Erzeugnisse (-2,5 Prozent) gedrosselt.

Nach der Erholung der Industrieproduktion im Schlussquartal des vergangenen Jahres hat sie sich zu Jahresbeginn 2026 – auch vor dem Hintergrund der gestiegenen geopolitischen Unsicherheiten– wieder spürbar abgeschwächt. Im Gegensatz dazu blieb ein weiterer Indikator für die Industriekonjunktur, die preisbereinigten Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes, im Trend aufwärtsgerichtet. Getrieben wurden die positive Umsatzentwicklung neben den Vorleistungsgüterproduzenten auch von den Investitionsgüterproduzenten, zu denen auch der Sonstige Fahrzeugbau zählt. Letzterer profitiert derzeit insbesondere von öffentlichen Investitions- und Beschaffungsvorhaben im Verteidigungsbereich.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe stiegen im März 2026 spürbar an: Die Zunahme des Ordervolumens gegenüber dem Vormonat betrug preis-, kalender- und saisonbereinigt 5,0 Prozent. Im Februar hatten sie sich bereits um – jetzt aufwärtsrevidiert – 1,4 Prozent erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr fiel die arbeitstäglich bereinigte Steigerung mit 6,3 Prozent erneut kräftig aus. Aufgrund des Einbruchs zu Jahresbeginn ergibt sich für das erste Quartal ein Rückgang um 4,1 Prozent.

Dabei legte im März die Nachfrage aus dem Ausland (+5,6 Prozent) etwas stärker zu als die Bestellungen aus dem Inland (+4,0 Prozent). Das deutlichste Auftragsplus stammte aus dem Euroraum (+10,1 Prozent). Aber auch die Drittstaaten sorgten für ein merkliches Neugeschäft (+2,7 Prozent).

In den vergangenen Monaten sorgten umfangreiche Großaufträge im Zusammenhang mit öffentlichen Investitions- und Beschaffungsvorhaben für eine hohe Volatilität der inländischen Bestellungen. Zuletzt spielte dieser Effekt eine eher untergeordnete Rolle. Ohne Großaufträge sind die inländischen Auftragseingänge im März gegenüber Februar um deutliche 6,5 Prozent gestiegen. Bei den Auftragseingängen insgesamt fällt der um Großaufträge bereinigte Zuwachs mit +5,1 Prozent hingegen nur etwas höher aus.

Unter den Gütergruppen registrierten die Vorleistungsgüter das stärkste Orderwachstum (+9,2 Prozent). Die Bestellungen von Konsum- (+7,3 Prozent) und Investitionsgütern (+2,1 Prozent) stiegen ebenfalls deutlich. Im Vorjahresvergleich nahmen die Konsumgüter am deutlichsten zu (+12,5 Prozent), während Investitions- (+5,9 Prozent) und Vorleistungsgüter dichter beieinander lagen (+5,8 Prozent).

Fast alle Wirtschaftszweige der Industrie verbuchten im Vormonatsvergleich Auftragszuwächse. Dazu zählten gewichtige Bereiche wie Kfz und Kfz-Teile (+2,9 Prozent), der Maschinenbau (+6,9 Prozent), die Metallerzeugung (+3,4 Prozent) und die Herstellung von Metallerzeugnissen (+3,7 Prozent). Ein Orderplus ergab sich auch bei Produzenten von elektrischen Ausrüstungen (+21,5 Prozent), EDV und optischen Geräten (+14,4 Prozent) sowie pharmazeutischen Erzeugnissen (+9,4 Prozent). Auch der Sonstige Fahrzeugbau, der auch Militärfahrzeuge beinhaltet, registrierte weiter steigende Auftragszahlen (+7,4 Prozent). Eine rückläufige Nachfrage musste die Textilindustrie hinnehmen: Auf ein deutliches Wachstum im Februar folgte ein Einbruch um 26,4 Prozent.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind seit August 2025 in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Um diesen Trend ergeben sich monatlich allerdings zum Teil erhebliche Schwankungen infolge von Großaufträgen. Für den Ausschlag am aktuellen Rand dürften hingegen Vorzieheffekte verantwortlich sein. Der Irankrieg hat zu einem Energiepreisschock geführt, der sich zeitlich verzögert auch auf die Preise anderer (Vorleistungs-)Güter niederschlagen wird. Vor diesem Hintergrund dürften im März verstärkt Bestellungen in Erwartung steigender Preise bzw. möglicher Lieferengpässe getätigt worden sein.

Die jüngsten Stimmungsindikatoren in der Industrie haben sich weiter eingetrübt. Darin spiegeln sich die zunehmenden Belastungen der exportorientierten deutschen Wirtschaft wider. Damit ist für das zweite Quartal mit einer weiterhin gedämpften Industriekonjunktur zu rechnen. Die weitere Entwicklung hängt entscheidend von dem weiteren Verlauf des Konflikts ab.

Erlöse im Einzelhandel rückläufig; Frühindikatoren erneut eingetrübt

Die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel (saisonbereinigt, ohne Kfz) sind im März nach einer Aufwärtskorrektur um 0,8 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken. Während der Handel mit Nicht-Lebensmitteln im Vergleich zum Vormonat um 0,8 Prozent stieg, gab der Umsatz mit Lebensmitteln um 2,2 Prozent nach. Gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnete der Einzelhandel im März ein Minus von 0,7 Prozent, wobei der Handel mit Nicht-Lebensmitteln um 1,2 Prozent zulegte und der Umsatz mit Lebensmitteln um 2,7 Prozent zurückging. Im Quartalsvergleich zeigte sich der Gesamtumsatz im Einzelhandel ebenfalls abwärtsgerichtet (-0,7 Prozent), wobei die Umsätze mit Nicht-Lebensmitteln um 0,2 Prozent und die mit Lebensmitteln um 1,1 Prozent sanken. Der Umsatz im Gastgewerbe stagnierte im Februar preisbereinigt und stieg nominal um 0,4 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat ergab sich ein realer Rückgang von 4,6 Prozent; nominal lag der Umsatz um 2,3 Prozent höher.

Die Neuzulassungen von Pkw insgesamt sind im April im Vormonatsvergleich um 0,5 Prozent gestiegen; im Dreimonatsvergleich nahmen sie jedoch um 1,1 Prozent ab. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich ein Plus von 2,7 Prozent. Bei den PKW-Neuzulassungen durch Privatpersonen zeigt sich im Vormonatsvergleich ein geringfügiges Plus von 0,1 Prozent und in der Dreimonatsbetrachtung eine Abnahme um 0,3 Prozent. Gegenüber April 2025 lagen die Neuzulassungen durch Privatpersonen um 8,3 Prozent höher, nachdem sie im März im Vorjahresvergleich – allerdings auch bedingt durch eine schwache Basisperiode – noch um 22,2 Prozent zugelegt hatten. Pkw-Neuzulassungen von Unternehmen und Selbstständigen erhöhten sich gegenüber dem Vormonat um 0,8 Prozent und sanken im Dreimonatsvergleich um 1,6 Prozent.

Mit Andauern des Konflikts im Nahen Osten zeigen die Frühindikatoren für die Entwicklung im zweiten Quartal erwartungsgemäß ein zunehmend pessimistisches Bild. Lt. Prognose der GfK wird sich das Konsumklima im Mai mit einer Abnahme um 5,2 Zählern auf -33,3 Pt. erneut und noch deutlicher als im Vormonat eintrüben. Negativ wirkte sich vor allem der Einbruch der Einkommenserwartungen aus, die schon im März gesunken waren. Die Anschaffungsneigung ging ebenfalls zurück und fiel auf ein 2-Jahres-Tief, während die Sparneigung – wenn auch auf hohem Niveau – etwas sank. Das zu Monatsbeginn erschienene HDE-Konsumbarometer setzte seinen Abwärtstrend fort und markierte im Mai den niedrigsten Wert seit über 3 Jahren. Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel (inkl. Kfz) sank im April erneut und deutlicher als noch im März auf jetzt -37,8 Pt. Die Geschäftslage wurde spürbar skeptischer beurteilt und die Geschäftserwartungen brachen ein. Die Verkaufspreiserwartungen stiegen erneut und signifikant kräftiger als im Vormonat.

Das Stimmungsbild hat sich am aktuellen Rand noch einmal spürbar verschlechtert und deutet auf eine deutliche Eintrübung der Konsumentwicklung im zweiten Quartal 2026 hin. Die Unsicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher wird mit Fortdauern der geopolitischen Konflikte und den damit einhergehenden erhöhten Energiepreisen verstärkt. Sorgen um die langfristigen Effekte des Iran-Konflikts auf Inflation und Konjunktur nehmen zu.

Inflation zieht im April erneut an

Die Inflation stieg im April vorläufig auf 2,9 % und wurde vor allem durch deutlich höhere Energiepreise getrieben, während die Kerninflation mit 2,3 % stabil blieb. Besonders der Ölpreis, der infolge des Kriegs im Nahen Osten bis Ende April weiter über 100 US-Dollar je Barrel lag, erhöhte den Druck auf Energie- und Verbraucherpreise; Gas- und Strompreise gaben dagegen zuletzt etwas nach. Waren verteuerten sich stärker als im März, Dienstleistungen schwächten sich leicht ab, und Nahrungsmittel stiegen nur moderat. In den kommenden Monaten dürften hohe Energie- und Rohstoffpreise die Inflation weiter prägen, auch wenn die befristete Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel im Mai und Juni entlastend wirken sollte.

Beschäftigungsrückgang beschleunigt sich im ersten Quartal

Die Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt bleibt in diesem Jahr weitgehend aus. Im März ging die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um 25 Tausend Personen zurück. Gleichzeitig wurden die Vormonatswerte vom Statistischen Bundesamt spürbar abwärtsrevidiert. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im Februar abermals um 16 Tausend Personen ab. Gleichzeitig stiegen im April die Arbeitslosigkeit um 20 Tausend Personen und die Unterbeschäftigung um zwölf Tausend Personen an. Letzteres könnte zum Teil jedoch auch auf ferienbedingte Sondereffekte zurückzuführen sein. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit lag im Februar voraussichtlich um 114 Tsd. Personen unterhalb des Vorjahresniveaus, nahm gegenüber dem Vormonat jedoch leicht zu. Auf Basis der bis Ende April bei der Bundesagentur gemeldeten Anzeigen zeichnet sich im Zuge des Kriegs im Nahen Osten bisher kein signifikanter Anstieg der Kurzarbeit ab.

Die Beschäftigungsaussichten trüben sich infolge des Nahost-Konflikts allerdings weiter ein. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist so gering wie zuletzt während der Covid-19-Pandemie. Das ifo Beschäftigungsbarometer verschlechterte sich über alle Wirtschaftssektoren hinweg und brach im April insbesondere im Dienstleistungssektor ein. Aufgrund der demografischen Entwicklung geht der Stellenabbau in den letzten Monaten zwar nicht mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in gleicher Größenordnung einher.

Die Aussichten auf eine Anstellung für Arbeitslose sind angesichts der bestehenden Unterauslastung jedoch weiterhin schlecht. Angesichts der schwachen Arbeitsnachfrage und der gestiegenen Unsicherheit bleiben die Aussichten auf eine Belebung des Arbeitsmarktes im zweiten Quartal gedämpft.

Unternehmensinsolvenzen weiterhin auf hohem Niveau

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist nach amtlicher Statistik im Januar 2026 um -5,8 Prozent gegenüber dem Monat Dezember 2026 auf 1.919 beantragte Verfahren gesunken; verglichen mit Januar 2025 lag sie 4,9 Prozent höher. Im Vergleich zum Januar-Mittelwert 2016-2019 ist sie um +15,2 Prozent gestiegen. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger aus den im Januar 2026

gemeldeten Unternehmensinsolvenzen lagen mit rund 3,1 Mrd. Euro deutlich unter denen des Vorjahreszeitraums (5,3 Mrd. Euro). Dieser Rückgang trotz steigender Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist darauf zurückzuführen, dass im Januar 2026 im Vergleich zum Vorjahresmonat weniger wirtschaftlich bedeutende Unternehmen eine Insolvenz beantragt haben. Dieser Effekt war bereits für das Gesamtjahr 2025 gegenüber 2024 zu beobachten.

Der im Vergleich mit der amtlichen Statistik methodisch enger gefasste und zeitlich aktuellere IWH-Insolvenztrend für Personen- und Kapitalgesellschaften weist im April mit 1.776 Insolvenzen einen Anstieg von 3 Prozent gegenüber dem Vormonat sowie einen Anstieg von 10 Prozent gegenüber April 2025 aus. Die Zahl der betroffenen Beschäftigten (ca. 20.000) in den größten 10 Prozent der insolventen Unternehmen ist im Vergleich zum Vormonat um 43 Prozent gestiegen und lag damit 39 Prozent über dem Wert von April 2025. Die hohe Zahl der betroffenen Beschäftigten im April geht auch auf zwei Großinsolvenzen im Handel mit insgesamt knapp 6.000 Arbeitsplätzen zurück. Das IWH geht auf der Basis eigener Frühindikatoren davon aus, dass bis einschließlich Juli mit sehr hohen Insolvenzzahlen zu rechnen ist.

---

[1]In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 13. Mai 2026 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.

https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/Wirtschaftliche-Lage/2026/20260515-die-wirtschaftliche-lage-in-deutschland-im-mai-2026.html